

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., 1/2jährlich 1.50 M., vierteljährlich 1.00 M., frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 M.

Die Neue Welt (Anschaltungsbeilage), durch die Post nicht bezugsfähig, kostet monatlich 10 Pf., 1/2jährlich 30 Pf.

Neue Welt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Seifstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphisch-Adresse: Volksblatt Halleaale.

Eintragung in die Post-Zeitungsliste unter Nr. 7087.

Wotto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 131.

Donstag den 9. Juni 1896.

7. Jahrgang

Der Zentralverband deutscher Industrieller

hat am Donnerstag, wie der Vorwärts schreibt, im Haupt-Restaurant der Berliner Gewerbe-Ausstellung seine Delegiertenversammlung abgehalten. Dem Zuge der Zeit folgend war das A und O der gesamten Verhandlungen der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Gleich der Geschäftsbericht durch den Generalsekretär Herrn Bued gab den Ton an. Zwar hatte er zunächst den Aufschwung der gesamten industriellen Tätigkeit zu konstatieren, so daß die Industriellen vollaus beschäftigt seien und fast durchweg keine Aufträge mehr annehmen könnten. Aber da kommen nun die bösen Arbeiter und verlangen auch ihren Anteil an dem höheren Gewinn. Herr Bued drückt das so aus:

„Leider erlaube ich mir, diesen Aufschwung der Industrie die Verhebung der Arbeiter durch gewerksmäßige Agitatoren. Wir hätten zahlreiche Streiks in den verschiedensten Industrien, wobei es sich nicht immer um Aufhebung der materiellen Lage der Arbeiter, sondern weit mehr um Machfragen handle. Es wird versucht, den Arbeitgeber unter das Joch der Arbeiter oder richtiger der Sozialdemokratie zu beugen. Durch Kürzung der Arbeitszeit und damit verbundenen Verhinderung soll die Industrie gezwungen werden, mehr Arbeiter einzustellen; das bei der Forderung, daß sich die Arbeitgeber der sozialdemokratischen Arbeiternachweise bedienen, was natürlich dazu führen würde, daß der Arbeitgeber arbeitslos, Herr in seinem Betriebe zu sein.“

Aber Herr Bued weiß auch was gegen diese Begehrlichkeit der Arbeiter hilft: „Der geschlossene vorgehende Arbeiterkampf gegenüber könne nur durch eine geschlossene Organisation der Arbeitgeber entgegengewirkt werden; den Beweis, was durch dieses Zusammenwirken erreicht werden kann, haben neuerdings die Fabrikanten in Cottbus gezeigt.“

Die Menschenfreunde in Lantenberg hat Herr Bued verfehlen. Wir möchten ihn daran erinnern, daß seiner nächsten Kampfreise auch ihrer zu gedenken. Statt dessen hat er gestern ein Bild der Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften entrollt und die Summen vorgelegt, die sie zu Unterhaltungs-zwecken aufbringen. Daraus zieht er dann den Schluss: „Es wird Aufgabe der Industrie sein, schon beieitenden Fonds zu bilden, aus denen im Verlauf eines Kampfes die schwächeren Arbeitergehilfen gefehlt werden können. Nur wenn so verfahren wird, hat die Industrie Aussicht, im Kampfe mit der Sozialdemokratie zu siegen.“

Sehr häufig ist in diesem Zusammenhange die rethorische Wendung, von der „Industrie“ zu sprechen, wo die industriellen Ausbeuter gemeint sind. Herr Bued verfährt aber auch nicht nebenbei den Christlich-Sozialen einen Dreib zu werfen und erklärt unter lebhaftem Beifall: „Freiher v. Stumm habe sich den Dank der gesamten deutschen Industrie (wieder der „Industrie“) verdient durch sein energisches Auftreten gegen diese gemeinschädliche Richtung.“

Dann erht geht der Vorkämpfer derjenigen „Industrie“, die der Feindhaftigkeit gegen die industriellen Arbeiter das wichtigste Thema ist, auf die Wirtschaftspolitik der Regierung ein, mit der er wenig zufrieden ist wegen des Margarine-Gesetzes und ähnlicher vergrößerter Maßregeln. Nur daß die Regierung von der Politik der Handelsverträge sich nicht abdrängen lasse, findet seine Billigung. Die Errichtung von Landwirtschaftskammern, der die Organisation des Klein-gewerbes folgen solle, lenkt seinen Blick aber sofort wieder auf den schwarzen Punkt am Horizonte der „Industrie“: „Der Organisation von Handel und Industrie solle zweifelslos auch die Organisation der Arbeiter folgen. Diese letztere würde in Deutschland gleichbedeutend sein mit einer geschlossenen Organisation der Sozialdemokratie.“

Die Angst vor dieser Möglichkeit treibt Herrn Bued gleich darauf an, nicht nur sämtliche Industriellen, die sich noch dem Bunde fern halten, sondern auch die landwirtschaftlichen Grundbesitzer an die Interessensolidarität, „aller auf dem Boden unserer Wirtschaft und Gesellschaftsordnung stehenden Berufsstände“, zu ermahnen.

Mit einem praktischen Mittel zur Befähigung dieser Interessensolidarität erziehen dann als zweiter Redner der Landtagsabgeordnete Dr. Weumer auf der Bildungsfrage, indem er die Verammlung zu einem Proteste gegen die von der Reichstagskommission für das Bürgerliche Gesetzbuch vorgeschlagene Reichsgesetzgebung der Vereine aufrief. Dabei entschloß sich ihm das interessante Gesandnis:

„Was sich seit 1889 in den englischen Gewertereinen abgepielt, sei allgemein bekannt; „Stützen des Staats“, wie Professor Sohm sich ausdrückt — seien sie nicht geworden. Das Steuer in der englischen Gewertereinen-Bewegung sei zeitweilig an die radikalen Elemente abgegeben, die sozialistischen Ideen haben auch auf dem Boden individualistischer Sozialpolitik Wurzel geschlagen. Redner beantragt, der Zentralverband möge an den Reichstag das begründete Verlangen richten, „es möge bezüglich der Reichsgesetzgebung der Vereine betreffenden Bestimmungen im Entwurf

eines Bürgerlichen Gesetzbuchs die Regierungsvorlage wieder hergestellt werden.“ Die Verammlung ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und tritt einstimmig dem Antrag Beumer bei.

Doch aller guten Taten sind drei. Der Landtags-Abgeordnete Müller (Dortmund) gab eine Rede von sich, die er im Reichstags nicht mehr hätte los werden können. Er wies darauf hin, daß die Kommission für Arbeitslosigkeit, den Nacht- und Sonntagsruhe, den Wäckerding. Dabei hat er die Stimm zu behaupten: „Es ist jetzt in ein Gewerbe mit rauer Hand eingegriffen, wo bisher die besten Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestanden. Man hat aber auf Grund der gefälligen Erhebungen Hebeln sich zu solchen Schritten entschlossen.“

Herr Müller sollte füglich wissen, daß nicht nur auf Grund der Hebeln Ermittlungen die Wäckerding-Verordnung erlassen wurde, sondern daß auch langjährige Regierungserhebungen die üben Zustände in den Wäckerding festgelegt haben; sicher aber wird er wissen, daß ein Mann, der in der Öffentlichkeit von Fälschungen redet, die Beweise für seine Behauptungen erbringen muß. Hebeln Erhebungen über das Wäckerdinggewerbe haben alle vorurteillosen Prüfungen bestanden. Wo wir sind die Beweise für Ihre Verdächtigung, Herr Müller?

Der Zentralverband deutscher Industrieller verlangte natürlich nicht nach solchen Beweisen. Ihm genigte sein Haß gegen und seine Angst vor der Sozialdemokratie, um kritiklos die folgende Müller'sche Resolution einstimmig anzunehmen: „Der Zentralverband deutscher Industrieller bedauert den Entschluß der Vorbereitung des Bundesrats, dem den Bericht von Wäckerdingen und Kontorioren vom 4. März 1896 und giebt sich der zurechtfindenden Hoffnung hin, daß die Vorschläge der Kommission für Arbeitslosigkeit, betr. die Regelung der Verhältnisse der Angestellten in offenen Wäckerdinggewerben, die Zustimmung des Bundesrats nicht erhalten werden.“

Auch dieses Palaver der Häuptlinge der deutschen Industrie beweist somit, daß der Geist Stumms mächtiger wird im dunkeln Deutschland.

Deutscher Reichstag.

98. Sitzung vom 6. Juni, 2 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Die Generaldebatte zur dritten Beratung des Wäckerdinggesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Graf Kanitz (ton.) glaubt wieder an eine Verbilligung auch an eine erhebliche Verbilligung der Getreidepreise durch die Abschaffung des Getreidezollhandels. Interesse am Getreide-terminhandel haben nur diejenigen, die unter dem Banner der Berliner Börse stehen. In Holland ist seinerzeit der Terminhandel abgelehnt.

Abg. Viebermann von Sonnenberg (Anti.): Das Gesetz genügt seiner Partei nicht in allen Punkten. Seine Partei wolle nicht die Börse mit Stumpf und Stiel ausrotten, aber die Markt auszulagenden Banken beschneiden. Der Getreide-terminhandel habe eine widerliche Wirkung. Wenn der Abg. Singer erklärte, daß seine Partei infolge des Verbotes des Terminhandels gegen das Publikum zu schließen, die mitchende Art der Sozialdemokratie

Abg. Singer (Sog.): Die Redner misachtet unsere Ausführungen abhörslich oder kehrt sie in das Gegenteil um. Unfreie Haltung zum Börsengesetz ist durchaus consequent. Die öffentliche Meinung habe vor Sozialdemokraten nicht zu scheuen. Vergleichen Sie (zu den Antikommunisten) doch die fittliche Qualität Ihres Führers mit der der sozialdemokratischen Führer. Unter uns sitzen keine Jungfäuler, wir haben keine Weindeligen unter uns und auch keine Leute in der Partei, die in der öffentlichen Meinung mit Recht verachtet.

So wenig ich gereizt bin, solche Sachen hier zu verhandeln, so muß das doch einmal hervorgehoben sein, daß die Sozialdemokratie innerhalb und außerhalb des Hauses zu Unwohlsein sich ausbildet, bei denen man raten mit dem Dreifache der Reichsgesetze oder fünfzigfachen keine Berührung aus-bilden muß.

Vizepräsident Schmidt: Ich bitte den Redner, sich in seinen Ausführungen bezüglich der Herren Antikommunisten im Hause zu möglichem

Abg. Singer (fortsetzend): Well ein nebenfälliger Punkt in meinen Angaben bezüglich des Abg. v. Biedt nicht richtig war, folgere er, daß meine ganzen Ausführungen unrichtig sind. Man kann Herrn v. Biedt in dieser Beziehung nicht gratulieren. Ich habe ihm nicht zum Vorwurf gemacht, daß er solche Gesetze befreit, sondern nur, daß er trotzdem hier dieselben Gesetze bei anderen vertritt. Herr von Biedt bedürfte einer so langen Rede, um die Hauptfrage zu verdrängen und außer Sichtweite zu bringen. Das ist ihm aber nicht gelungen. Interessant war es mir, daß Herr v. Biedt behauptete, gewissmaßen nur aus dem aus dem Terminhandels gemacht zu haben. Er meinte, daß ganz keine Terminhandels erlaubt seien. Dies erinnert mich an eine englische Novelle, in der eine feine, wohlhabende Dame einer Arme den Vorwurf machte, daß sie ein Kind habe, trotzdem sie nicht verheiratet sei. Die Arme erwiderte dann: „Wer nur ein ganz kleines“ (Satz einma Herr Herr). Es hätte sich um die Begriffe der Terminhandels des Herrn v. Biedt nicht, er hat einige Male 500 Tonne gehandelt, das sind 10000 Tonne. Dabei können sich schon ganz geringe Differenzen ergeben. Ich weiß einen Fall, wo jemand 60000 Mk. bei 500 Tonne verloren hat, d. h. verlieren ist wohl nicht der richtige Ausdruck, denn er hat die Differenzen nicht bezahlt. (Witzeln.) Herr v. Biedt hat selbst zugegeben, daß er vor drei Jahren Getreide-terminhandels gemacht hat. Damals war er aber schon Präsident des Bundes der Landwirte, und dieser nahm damals

Inserionsgebühren beträgt für die Spaltenzeitung über den Raum 10 Pf. für Wohnungs- und Verlagsanzeigen 10 Pf.

Inferate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Post-Zeitungsliste unter Nr. 7087.

Wotto: Für Wahrheit und Recht.

schon energisch gegen den Terminhandel Stellung. Niemand wird in der konservativen Presse mehr verkündet als die sozialdemokratischen Arbeiterführer. Wir haben also keinen Grund, unsere Gegner zu schonen, die uns am liebsten mit Sturz und Galgen bedrohen möchten, damit sie das mahnende Gewissen hier im Saale nicht mehr zu hören brauchen. Wir unterscheiden uns auch durchs vortreffliche von anderen Parteien, daß wir nur Dinge vordringen, für die wir Beweise haben. Der Abg. Biedt hat meine Ausführungen in zweiter Lesung unerschäm und meine Behauptung als gemeine Lügen bezeichnet. Er hat es sich also selbst anzurechnen, wenn ich den Beweis geliefert habe, daß er an der Börse anders arbeitet, als er in der Presse schreibt und im Reichstag spricht. (Beifall.) Wenn man auch die Motive, welche Herr v. Viebermann seinen Gegnern unterschiebt, noch so oft zurückweist, das muß auf das Gehör des Herrn v. Viebermann doch keinen Einbruch. Er sagt, die Sozialdemokratie könne gegen das Gesetz, weil sie die goldene Quelle der Börse nicht verstopfen wolle. Was würde er sagen, wenn ich sagt, Rudolf Herzog habe die Schulden eines gewissen Herrn bezahlt, damit er antinimistische Agitation treibt? (Beifall.)

Abg. Dr. Sohm (Wid): Der Bund der Landwirte verurteilt die Aushebung des Substitutions, nicht ein einzelnes Geschäft. Redner nimmt Bezug in Schutz.

Abg. Dr. Gerth (Fr. Wg.): Im Börsengesetz stecke ein antisemitisch-agrarischer Geist. Die Antikemiten und Agrarier seien im letzten Grunde für die schädlichen Folgen des Gesetzes verantwortlich.

Hierauf werden in der Spezialdebatte mit einigen reaktionellen Veränderungen die §§ 1-37 (Antikemiten, Wäckerding, Aufhebung von Wertpapieren) gegen die Stimmen der Linken angenommen. Genu, zum Teil mit einigen reaktionellen Veränderungen die §§ 38-49.

Die §§ 50 und folgende enthalten Bestimmungen über den Terminhandel § 50 u. a. das in zweiter Lesung angenommene Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten.

Abg. Graf Schwerin-Söwis (Ant.): Ich habe früher selbst an der Berliner Börse Getreide-terminhandel gemacht. Ich bedauere jedoch, daß der Getreidehandel in den letzten Jahren sich so verändert hat, und daß an der Börse so große Ausflüchtigungen Platz gegriffen haben. Deshalb ist es mir in Zukunft nicht möglich, Geschäfte zu machen, wie ich sie früher unbefristet machen konnte. Jetzt wird in dem Terminhandel häufig das gemacht, was der Moralie corrigire la fortune nennt. Deshalb werde ich aus moralischen Gründen für das Verbot des Getreide-terminhandels stimmen, wenn ich auch eine erhebliche Verbilligung des Getreides nicht erachte.

Abg. Graf Krumin (Reichsp.) begründet einen Antrag, dem § 50 einen Zusatz hinzuzufügen, wonach Rechtsansprüche aus in Getreide und Mühlenfabrikaten abgeschlossenen börsenmäßigen Terminhandels auch dann unzulässig sind, wenn die betreffenden Geschäfte in Absicht abgeschlossen sind. Einwas schon Göttergeschlecht kann aufgehoben werden. Der Antrag wird abgelehnt, § 50 in der Regierungsvorstellung angenommen, ebenso alle Debatte der Rest der Vorlage, sowie ein Antrag Sohm, wonach die Bestimmungen des Gesetzes ab 1. Januar 1896, die über das Börsengesetz aber schon am 1. November 1896 in Kraft treten.

Der Terminhandel mit Getreide ist dadurch verboten worden.

Angenommen wird ferner folgende Resolution Graf Kanitz: mit beizuziehenden Staaten, in welchen noch Getreide-terminhandels bestehen, behufs Abschaffung derselben in Verbindung zu treten, sowie folgende Resolutionen Graf v. Kanitz und Graf v. Krumin: Die Regierung zu ermahnen, in Absicht auf die durch den Reichstag beschlossenen börsenmäßigen Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten notwendig werdenden Veränderungen des Gesetzes, verleihe an den Produktrenten, sowie behufs Abstellung der auf dem Lebensmittel u. a. in Bezug auf die Preisfeststellung bevorzugen schmerzlichen Wäckerding des Bundesrats resp. den Landesregierungen nachstehenden Gesichtspunkte bei Beschaffung über die Organismen der Produktrenten zur Berücksichtigung zu empfehlen: 1. Für Geschäfte, welche an deutschen Produktrenten abgeschlossen werden, soll amtliche Registrierungshaus zu schaffen, bei welcher die an der Börse abgeschlossenen Geschäfte zum Umfang, Preis und Qualität des Objekts ohne Trennung der Kontenrenten angemeldet sind. 2. Kommissionen, bestehend aus drei gleichen Teilen aus Landwirten, Millern und Händlern, haben nähere Bestimmungen darüber zu treffen, welche Grundbezüge bezüglich der Qualitätsunterschiede der verschiedenen Getreidearten aufzuheben sind. 3. Zur Schlichtung von Streitigkeiten über auf dem von Produzenten und Mählern abgeschlossene Geschäfte sind Sachverständigen-Kommissionen zu bilden, bestehend aus unparteiischen, dem Handel, der Landwirtschaft und der Mählerei angehörigen Sachverständigen, welche von dem Namen des Eigentümers des Streitgegenstandes keine Kenntnis haben.

Der Reichstag beschließt in Absicht auf die Bestimmungen des Gesetzes des Reichstages und die Sozialdemokraten.

Da sich kein Widerspruch dagegen erhebt, wird sofort die Gesamt-Abstimmung vorgenommen und das Gesetz gegen die Stimmen der oben genannten Parteien endgültig angenommen. Das Resultat wird von der Medien mit lautem Beifall begrüßt.

Es folgt die dritte Beratung des Handelsvertrages mit Japan.

Abg. Münch-Kerber (nat.) spricht sich in längeren Ausführungen für die Vorlage aus, wünscht aber, daß die Regierung Schritte thue, damit das gewerbliche Eigentum der Fremden in Japan geschützt werde, und daß nicht durch das feindselige Vorgehen der Regierung die Wohlfahrt des Handelsvertrages gefährdet würden.

Staatssekretär Frh. v. Marschall sucht die Bedenken des Vorredners zu widerlegen.

Da im Saale inzwischen infolge des starken Wellwitters alle elektrischen Lampen erloschen sind, ist es auf der Zählung unmöglich zu sehen und zu schreiben. Die meisten Abgeordneten haben den Saal verlassen.

Damit ist die dritte Lesung beendet, die zweite wird im Plenum stattfinden.

Hierauf erhebt sich das Haus. Zweite Sitzung des Handelsvertrages mit Japan und dritte Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung. Schluss 6 1/2 Uhr.

Tagesgeschichte.

Bei der Reichstagswahl, die am Samstag im Wahlkreise A. S. G. S. G. stattfand, hat mit Hilfe der Sozialdemokraten und Freiwiliger der demokratische Schriftsteller Conrab mit 7932 Stimmen seinen konservativen Gegner S. Nagel mit 5721 Stimmen besiegelt. Bei der Hauptwahl waren gefallen auf Dr. Conrab rund 3000, auf Baumhauer (soj.) 1900 und auf Löfflich (nat.) 1600 Stimmen.

Zur Reichstagswahl von 2. Dezember 1895 sind nachträglich durch das Statistische Bureau noch 2036 Personen mehr gefunden worden, so daß die ortsanwesende deutsche Bevölkerung insgesamt jetzt 52 246 589 Personen beträgt. Die Zunahme in fünf Jahren beläuft sich auf 2 818 119 Einwohner oder 5,70 Proz.

Das herrliche deutsche Einheitsreich. Den Münchener Neuesten Nachrichten wird aus Bayreuth geschrieben: Bekanntlich verläuft die königl. bairische Postanstalt am Schalter in der Nürnberger Ausstellung sogenannte Ausstellungspostkasten, die sich von den gewöhnlichen 5-Pf. Postkästen nur durch den Aufdruck des Ausstellungsbüchchens auf der Vorderseite (Adress-Seite) der Karte unterscheiden. Bei meinem Besuch der Ausstellung vor einigen Tagen fertigte ich eine solche Karte an meinen Schwager nach Leipzig ab. Soben erhalte ich nun die Mitteilung, daß diese offizielle königl. bairische Postkarte von der kaiserlich deutschen Post mit einem Strafporto von 15 Pf. belegt wurde, da ein Wilsdruck auf der Vorderseite der Karte nicht zulässig sei!

Auf die eigene Meinung zu verzichten und sich in Sachen des bürgerlichen Gesetzbuches einfach dem Willen des Bundesrates unterzuordnen, tut die Stimmige Post allen Ernstes dem Reichstag zu. Er müsse es vermeiden, einen Fall der Reichsgesetzgebung Beschlüsse aufzuempfehlen, welche der Bundesrat nach seiner Auffassung mit der salus publica nicht vereinbar finde. Man dürfe es nicht darauf ankommen lassen, ob der Bundesrat sich um des Zustandkommens des bürgerlichen Gesetzbuches willen eine Art von laudinischem Joch aufzwingen lassen werde. — Aber der Reichstag soll sich nach Ansicht der Post ein solches laudinisches Joch auflegen lassen. Wenn die Ansicht des Bundesrates derart allein maßgebend sein soll, dann wäre ja der Reichstag einfach überflüssig. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß es eine unerhörte Unverschämtheit ist, vom Reichstag zu fordern, er solle den Entwurf nach den Beschlüssen des Bundesrates gutheißen, wo dieser nicht einmal dem ursprünglichen Entwurf gegenüber Entschämtheit gelübt, sondern ihn noch in wesentlichen Punkten verächtlicht hat.

Eine für Bismarck sehr unangenehme Erinnerung trübt Heinrich v. Pöhlinger in einem obener veröffentlichten Aufsatz auf. Er gibt Briefe des früheren geistlichen Staatsministers Freiherrn v. Seebach bekannt, in denen bestätigt wird, was die Bismarckreue immer wieder zu leugnen suchten, nämlich daß Bismarck vor dem 1866er Kriege dem „Erbsind“ Frankreich und speziell dem Napoleon die Abtretung der bairischen Palz und eines Teils der Rheinprovinz angeboten hat um Napoleon zu beschwichtigen. Weiter bestätigen die Seebachschen Briefe, daß Bismarck 1866 sich der ungarischen Revolution gegen Oesterreich bedient hat. Welches ist, wie gesagt, nichts Neues; aber es ist ganz gut, daß solche reinliche und von stolzen Patriotismus zeugende Handlungen des „ehrlichen Waterloo“ dann und wann wieder aufgedämmt werden.

Aus dem Stephansreiche. Von den Aufgaben, welche in neuerer Zeit den Kandidaten für die mündliche höhere Verwaltungsprüfung des Postfaches erteilt worden sind, erweist folgende in sozialpolitischer Beziehung interessant:

Zur Bemessung des Bedarfs an Beamtenkräften für die Verkehrsanstalten sind seitens der obersten Verwaltungsbehörde bestimmte Wocheneinsatzumsätze an Dienstleistungen festgelegt. Bei den Unterbeamten ist eine solche Festsetzung unerblicklich. Welche Gründe mögen hierfür bestimmend gewesen sein, und würde Kandidat eine Verringerung für empfehlenswert halten?

Hoffentlich ist es den Kandidaten gelungen, die gemüßigten Gründe aufzufinden, und hoffentlich ist er zu dem Resultat gekommen, daß auch für die Unterbeamten eine Verringerung bezw. Begrenzung der Stundenzahl ihres Dienstes in der Woche „empfehlenswert“ ist. Denn der Unterbeamte ist sozialogen auch ein Mensch, dessen Leistungsfähigkeit eine Grenze hat, und der sich gewiß nicht unangenehm berührt fühlt, wenn er sich seiner Familie in ähnlichem Umfang widmen kann, wie die höheren Beamten. Hoffentlich fragt in Zukunft nicht bloß der Post-Examinator, ob eine Verringerung in der erdachten Richtung empfehlenswert ist, sondern vielmehr möge es sich die Postverwaltung angelegen sein lassen, für die Unterbeamten möglichst bald nachzuholen, was bisher im Gegensatz zu der Behandlung der anderen Beamten unterblieben ist.

Der Polizeizeuge. Im Frankfurter Schaffnerprozeß wurde dem Polizeizeugen und Hauptplädier Fiederling (so ist des Viebermanns richtiger Name), dessen sich der Kommistraf-Kämpfe bediente, ein recht erhebliches Strafmaß vorgeschlagen. An die zanzigjährige er bereits die Bekanntheit des Gefängnisses und Zuchthauses wegen der verschiedensten Verbrechen gemacht, und er scheint erbitig bemüht zu sein, sie von Zeit zu Zeit zu erneuern. In letzter Woche stand er vor dem hamburgischen Gericht, angeklagt der Verleumdung öffentlicher Diener, die er durch Drohungen und Schläge gezwungen haben soll, ihn zu ernennen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Herrn Polizeizeugen 3 Monate Gefängnis, da ihm aber nicht alles besprochen werden konnte, wurde er diesmal freigesprochen.

Wegen die obligatorische Zivildienst wird die konservative Reichstagsfraktion ihre Angriffe fortsetzen. Sie hat beschlossen, bei der zweiten Lesung des bürgerlichen Gesetzbuchs die Vträge auf Einführung der fakultativen Zivildienst, die bereits in der Kommission gestellt wurden, zu wiederholen.

Im Münsterlande des Liberalismus — aber nicht der Demokratie — in Baden, die Zweite Kammer einen Beschluß zur weiteren Verklaffung der Dienstboten gefaßt.

Man hat auf Antrag der Kommission der Regierung eine Beitritt beschlörnt überweisen, die nicht bloß die Einführung von Dienstboten, sondern auch die kriminelle Bestrafung des Kontraktbrüches fordert. Die Regierung sagte Verfüßung der Materie zu, erklärte jedoch, daß sie von der Bestrafung des Kontraktbrüches keinen Vorteil für die Dienstgeber erwarte. Gegen den Kommissionsantrag sprachen und stimmten nur die Sozialdemokraten und die Demokraten.

Ueber die Häufigkeit der Soldatensühndlungen, schreibt die Leipz. Völkzeit, erzählt die Deffentlichkeit dank der geheimen Militär-Strafgerichtslege so gut wie nichts. Ob sie zunehmen oder ob sie seltener geworden sind, wir wissen es nicht und die Eltern, die ihre Söhne zum Militär ziehen lassen müssen, werden die Sorge und Angst nicht los. Gerade das Dunkel, das sich um die letzten Karternatern legt, beunruhigt. Aber auch innerhalb des Offiziersports macht sich eine sorgfältige Penunruigung geltend. Denn das offizielle Bestanden einer Mißhandlung bringt den Vorgelegten oft die schlimmsten Folgen und sehr oft dem, der lange nicht so schuldig ist wie vielleicht andere. Am härtesten ist die gebrochene Stimmung bei den Offizieren des Gardekorps, wo der Kaiser sämtliche Ätten, die Soldatensühndlungen betreffen, sich vorlesen läßt und behandelt; es ist ganz klar, daß die Offiziere sich alle Mühe geben, daß Mißhandlungen vermieden werden. Aber was aus dem militärischen System mit Notwendigkeit folgt, das kann der einzelne Offizier mit dem besten Willen schließlich nicht ändern. Und wenn's nun gerade trifft, der ist in einer wenig bedauerlichen Situation. Kann man sich wundern, daß selbst in Offizierskreisen vom Regiments-Kommandeur aus eine Reform der Militär-Strafgerichtslege dringend gewünscht wird?

Der badische Fabrikfisktor ist bei den Unternehmern, deren Schilde er oft schonungslos enthüllt, wohl der bestgefachte Mann. Man hat versucht, die Regierung zu bearbeiten, ihn in seiner Tätigkeit zu beschränken, und als dies nicht gelang, versucht man es auf dem jetzt so beliebten Weg der Beleidigungsklage. Aber auch umsonst. Der Redakteur Fabrikfisktor West ist mit seiner Klage gegen Fabrikfisktor Wörrißhof abgefahren. Die Straß. Post schreibt darüber als Karikatur:

Vor dem Verwaltungsgerichtshof lam die Vorlage zur Entscheidung, ob gegen den Vorstand der Fabrikfisktion, Obergewerksrat Dr. Wörrißhof, eine Privatklage wegen Beleidigung erhoben werden dürfe, und zwar aus Grund einer Stelle seines Fabrikfisktionsberichts, durch welchen sich dort nicht mit Namen genannte große Anlage für Selbstfabrikation in Mannheim, bezw. deren Direktor für beleidigt erachtet wollte. Der Verwaltungsgerichtshof hat nicht darüber zu entscheiden, ob eine Beleidigung vorliegt oder nicht, sondern auf Antrag des Privatklägers nur darüber, ob sich bei der Klage angelegene Beizime einer Beleidigung seiner dienstlichen Stellung fähig gemacht hat oder nicht. Der Gerichtshof verneinte die Vorfrage und schied damit die Weiterverfolgung der Privatklage ab.

Prof. Wagner über Bebel und Stumm. Die Stimmige Post hatte anlässlich des evangelisch-sozialen Kongresses in Stuttgart geschrieben:

„Das es auch an Wagners auf Freiherrn v. Stumm nicht fehle, wird einleuchtend. Namentlich Prof. Wagner erging sich wieder in solchen; es ging zur Charakterisierung derselben und des Geistes, wider aus ihnen spricht, der Ausdruck des Redners niedriger zu hängen, daß er mit Bebel, den er für einen ernstlicheren Gegner halte als Freiherrn v. Stumm lieber zusammenfesse, als mit diesem. Demgegenüber ist jedes Wort der Abwehr überflüssig, dieser Satz richtig von selbst.“ Daran antwortet nun Professor Wagner im Volk, er hätte von der Unterzeichnung Bebel's keine Kenntnis gehabt; aber er hätte auch nichts dagegen gesagt, wenn ihm die Unterzeichnung Bebel's vorher bekannt gewesen wäre; „jedenfalls will ich lieber in einer solchen guten Sache mit einem persönlich adtungswerten Manne wie Bebel, als in irgend einer Sache auf einem Jirkular je mit einer Persönlichkei wie er wa dem Herrn von Stumm zusammenfassen.“ Sollte er sich über seine Stellung zu Bebel und Frhm. von Stumm äußern, so sage er offen: „Bebel ist mir nicht ein „ernstlicher“ Gegner als Herr von Stumm, wohl aber ein „ehrlicherer“. Ob überhaupt aber noch ein „ernster“, d. h. ein ernst zu nehmender Gegner in Herrn v. Stumm zu sehen ist, darüber sind die schon im vorigen Jahre bei mir und anderen aufgetauchten Zweifel mittlerweile allerdings noch gestiegen, Ton und Inhalt seiner Angriffe gegen Christlich-Soziale, Evangelisch-Soziale, Pastoren, Professoren, Beamte, überhaupt alle Andersmeinenden, lassen immer mehr bezweifeln, ob man es mit einer noch völlig für seine Äußerungen verantwortlichen Persönlichkei bei Herrn v. Stumm zu thun hat.“ Armer Spatzmacher!

Die rebellischen Pastoren. Auf dem evang.-soz. Kongress in Stuttgart sagte Prof. Soden aus Berlin, was das Konfistorium in Berlin behauptet, der Drang der Arbeiterklasse nach Besserstellung entpripne nur dem Reich, so sei dies „soziale Brunnenergüßung“. Es sei ein Gewinn, des Einfaches wert, wenn man das Vertrauen der „oberen Behntanten“ verlöre und dafür dasjenige der Millionen der „unteren Stände“ enttäusche. Schön gesagt! Aber der Mann verkennt Wesen und Stellung der Kirche. Diese kann ohne die herrschenden Klassen nicht bestehen, aber die Arbeiter können ohne Geitlichkeit auskommen. Man tritt sich darüber, ob der Geistliche Parteimann werden dürfe, konnte sich aber darüber nicht einigen und begnügte sich damit, die „soziale Arbeit“ der Geistlichen für notwendig zu erklären. Sie ist Seelsozge, Predigt, Unterrichts, Presse, Vereinswesen &c. Da kommen die Herren ja ganz von selbst in die Politik und das Parteiwesen hinein. Professor Rathgen hielt einen Vortrag über den Handel und schließlich sagte man einen Beschluß in Bezug auf die Vernehmung des Mittelstandes durch das Großkapital, der sich ganz in allgemeinen Redensarten bewegt. Auch Pastor Kammann hat in Stuttgart gesprochen. Wie wüßte aber ihn die Stummianer sind, zeigt der Bericht der Post, der das Aufreten Kammanns in gelperrter Schrift wie folgt schildert: „Der Kammann sprach sehr herausfordernd und selbstbewußt. Die Rede bewegte sich in den bekannten Gebanden. Es wäre kaumwunderbar, sie hier in einzelnen wiederzugeben. Erwähnt sei nur, daß der Redner es angezeigt gesehen hat, in seiner jede Ehrerbietung außer acht lebenden Kritik des bekannten kaiserlichen Telegramms

auch insbesondere der Post zu gedenken. Ihr Berichterstatter verließ die Versammlung dieses Abends mit dem Gefühl, daß der evangelische Kongress, so lange er demagogische Agitationen wie Kammann als die hervorragenden Wortführer in seiner Mitte nicht bloß duldet, sondern sich von ihnen beherzigen läßt, auf dem bedenklichsten Fernwege ist.“ Dabei muß die Post noch eingesehen, daß Kammann minutenlang mit freiesinnigem Jubel begrüßt wurde, als er die Rednertribüne bestieg. Das schmerzt!

Die Kinder-Ausbeutung hat in Mecklenburg einen derart hohen Grad erreicht, daß sich dort kürzlich die dreizehnte Versammlung des Mecklenburg-Straltischen Lehrvereins veranlaßt fühlte, im Interesse der armen Kinder ein beschiedenes Wort für Schonung der schwächlichen unentwickelten Menschentörper einzulegen. Zu einem Vortrag über die Schädigung der Schularbeit durch Beschäftigung der Kinder in landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben, den Lehrer Stenckhoff aus Neubrandenburg hielt, wurde betont, daß die in der Landwirtschaft und im Gewerbe beschäftigten Kinder wegen der zu schweren, zu lange anhaltenden oder unter ungunstigen Verhältnissen auszuführenden Arbeiten in ihrer Geistesbeit Schaden leiden:

„Die Kinder sind darum in der Regel nicht im Stande, das geringe Vermögen der Volksschule zu bewältigen, ihre Geisteskräfte bleiben unentwickelt und verkrüppelt, sie werden gleichgiltig gegen Strafen, abgestumpft gegen alle Freuden und bereitet zu Märderei, zu Schmach- und Zübelgenuß, zu Habsucht und Unästhetik.“

Wie toll muß gewirtschaftet worden sein, bis eine Lehrerversammlung, und noch dazu in Mecklenburg, sich an dieses heisse Thema heranwagt! Die Lehrerversammlung hat auch Vorschläge zur Abstellung der ärgsten Mißbräuche gemacht, die wir allerdings nicht für einschneidend genug erachten, die Jugend vor der Ausbeutung des Kapitals zu schützen, die aber doch den Grad der Ausbeutung erkennen lassen, bis zu welchem in Mecklenburg die Kinder-Ausbeutung geübt ist. Neben anderen Vorschlägen findet sich auch der: dem Kinde solle Zeit zu regelmäßigen Schulbesuch gegeben werden. Daraus geht hervor, daß die Schulfächer in erster Linie ins Gesicht gepannt werden und erst, soweit das Gesicht es erlaubt, die Schule besuchen. Sodann wird gefordert, die Kinder sollen nachs eine von den Erwachsenen getrennte Schlafstube erhalten. Diese Forderung scheint auch nicht aus theoretischer Liebhaberei für sozialpolitische Reformen gestellt zu sein, sondern auf dem Boden sehr trister Erfahrungen emfunden zu sein. Die Vorschläge der Lehrer in allen Ehren, aber sie werden im Winde verhallen, nicht jedoch ihre Erdörterungen, die unser Arsenal wertvoll bereichern.

Wegen Kaiserbeleidigung ist in Kiel der Arbeiter Aubrich zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate beantragt. Aubrich hatte in völlig betrunknen Zustände Schulfächer aufgefördert, nach dem Kaiser mit Steinen zu werfen. Eine konservative Staatsanwaltschaft hatte davon gehört und denunzierte den Aubrich. Vor Gericht traten nur drei zehnjährige Jungen als Zeugen gegen ihn auf.

Wegen Kaiserbeleidigung, verbunden mit Beleidigung der Gardeoffiziere, war der demokratische Bebauere Stoffers von der Düssel. Wärgzig, zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Reichsgericht hatte das Urteil aufgehoben. Bei erneuter Behandlung gelangte das Landgericht zu derselben Strafe und die wiederum eingelegte Revision ist nun vom Reichsgericht verworfen worden. In dem inkriminierten Artikel „Wieder eine Kaiserrede“ war, abgesehen von den Majestätbeleidigungen, erwähnt, der Kaiser habe die „Jarde“ zum Kampfe gegen das oppositionelle Bürgertum aufgerufen; daß dies einen Kampf mit geistigen Waffen geben werde, war bezweifelt, denn, so war in dem Artikel ausgeführt, „auch der verwegenste Sabeltanant fängt keinen Streit an, wenn er weiß, daß seine Waffen fälsch sind, als die des Gegners.“ Hierdurch sollen die Gardeoffiziere als „Gesellschaftsklasse“ beleidigt worden sein.

Ausland.

Oesterreich. In der Ziabelle zu Lemberg erhob sich am Freitag ein Rabet des 30. Inf.-Reg. Dies ist seit Beginn des laufenden Jahres bereits der sechste Selbstmord in diesem Regiment. Erst vor einigen Tagen war ein Selbstmord gemeldet worden.

Eine Passantenkonferenz hat in Wien stattgefunden, welche sich gegen die christlich-sozialen Bestrebungen ausgesprochen hat nach dem Motto: „Christlich-Sozial ist Unsin.“ Die Herren mit den fetten Pfändern hätten besser getan, sich mit dem Sozialismus nicht zu beschäftigen, „dieweil sie davon nichts verstehen“. Dann hätte man ihre Konferenz ganz übersehen und auch nicht durch die Zeitungen erfahren, wie vielen Gastmählern, Theesgesellschaften u. i. w. diese Diner Christi in den paar Tagen beigezogen haben.

Frankreich. Auch der französische Billfischer verließ sich famos auf die Vogel Strauß-Politik. Weil das Bankett der sozialistischen Gemeinderäte in Paris nur von 500 Teilnehmern besucht war, will das Billfischerblatt figaro seinen Lesern versprechen, es gebe nur 500 Sozialisten in Frankreich. Nun haben aber die loeben in Frankreich vollzogenen Gemeinderatswahlen 1 400 000 sozialistische Stimmen ergeben; doch die zählen nicht. 500 waren beim sozialistischen Bankett ergo giebt in Frankreich nur 500 Sozialisten. Glücklich die Menschen das die sich so leicht zu helfen wissen.

Rußland. Die Kastratrophe in Moskau und das frivole Verbalten der Aristokratie, die sich in ihren Vergnügungen durchaus nicht lösen läßt, wird voraussichtlich doch nicht ohne tiefere Wirkung auf das so gelübde russische Volk bleiben. Die gewiß nicht umfährliche Köln. Bg. deren Korrespondent überlässt der einige zu sein leicht, welcher ichat beobachtet und zugleich versteht, in höchst einfacher Weise die russische Depeschenzensur zu umgeben, läßt sich aus Moskau schreiben:

„Aberlich verbarren die Dinge in der noch immer festlich gefüllten Stab in gewöhnlichen Geleite, umwöhner als das vorläufige Selbstprogramm. Halle und Brunnhildert, kein öffentliches Schauerndung mehr mit sich bringt. Von irgend welchen Anstellungen neuerer Volksmengen ist nichts zu bemerken, die Tagesblätter halten sich genau an die offiziellen Daten, ohne jede eigene Schidierung, dennoch aber läßt sich durchfühlen, daß

Königsberg. Bei der Taufe von Bismarcks Enkel, dem Sohne des Oberpräsidenten Bill Bismarck, wird der Kaiser Patenstelle übernehmen.

Chemnitz. Wegen Betrug bei Requisition von Dänen und Belgierern handt vor der Strafkommission der oberste Beamte des oberbairischen Post- und Jagdwesens, Oberkammerherr Otto Langkeit, seit dem Jahre 1884 die Post- und Staatsposten fortgesetzt zu haben, indem er für gemachte Dienstleistungen, Verkäufe u. s. w. sich aus beiden Regierungen zu 2 Millionen M. in Höhe geltend machte, auch für langjährige Reisen und Auslagen Beträge erhielt. Es wurden ihm im ganzen 178 Fülle zur Last gelegt. Die Verhandlung ergab, wie der Darm. Kur. berichtet, die Schuld des Angeklagten und er wurde nach dem Antrag des Staatsanwalts zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahre verurteilt. Um ihm die höchsten bei der Requisition in Frage kommenden auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt; von einer fortgesetzten Berufung wurde jedoch abgesehen. Am Sonnabend hat sich der Berufung im Schlossgarten erschossen.

Mannheim. Und immer wieder einer. In Kirchheim wurde auf telegraphische Weisung des Stuttgarter Staatsanwalts der Wittmannsater Junge vom Bismarckensenden unter dem Verdachte eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet.

Gumburg. Die Leiche des Arztes Armand Robits wurde im Gumburger Krematorium in Oldsbörge beigesetzt. Es war die 162. Oldsbörger Feuerbestattung.

Sachsen. Wegen Unterschlagung, begangen an seiner 11jährigen Tochter, ist der erst kürzlich nach vier verpassten Jahren wieder freigeschickte Hr. aus Schermbach am Montag früh verhaftet worden.

Wraustschweig. Hier erhielt sich die mit ihrer Mutter und ihren Geschwistern wohnende jährliche Tochter des Wraustschweiger Kreisrichters in Helmstedt bei Würgburg. Das bildungswürdige Mädchen sollte vor dem Antiquarier erscheinen um im Verhaftungsprozess ihrer Eltern als Zeugin vernommen zu werden.

Mannheim. Der Professor des Strafrechts Dr. von Kirchheim wird wegen Verletzung des Amtsvertrages Sauter und des Amtsgerichts in Hildesheim zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Es handelt sich um die Aufnahme einer zu Unrecht als gestrichelt bezeichneten und dadurch um die Veräußerung ihres Vermögens getrauten Frau, die Prof. Kirchheim in Schutz genommen hatte.

Zur Reichstagswahl.

Achtung, Wählerlisten! Seitens des sozialdemokratischen Wahlvereins war Herr Oberbürgermeister Stadte angegangen worden, es würde einigen vom Komitee Beauftragten gestattet werden, auch am gestrigen Sonntag einige Stunden lang Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen. Diefem Ansuchen, das sich notwendig machte, weil ungenügend zahlreiche Wähler a. mündlich haben, daß die Listen auf ihre Namen kontrolliert würden, ist laut eingegangenen Antwortschreiben zwar nicht stattgegeben worden, doch sollen wir Rücksicht auf den großen Andrang die Wählerlisten noch am Mittwoch, den 10. Juni ausliefern. Wir bringen das zur Kenntnis aller Wahlberechtigten mit dem Bemerkten, daß namentlich noch Dienstag vormittag an den bekannt gegebenen Stellen Adressen zum Raschlesen angenommen werden. Diese letzten Adressen werden aber nicht mehr seitens des Komitees zusammengestellt, sondern von jeder Sammelstelle aus müssen sie bis spätestens Dienstag mittag beim Genossen **Wittcher, Schülershof**, abgegeben werden.

Wer bis Dienstag mittag nicht Gelegenheit gefunden hat, seine Adresse an eine der Sammelstellen gelangen zu lassen, muß dann selbst auf Rathaus, Zimmer 30, gehen oder einen Bekannten direkt mit der Kontrolle beauftragen.

Ganze Häuser sind infolge unverantwortlicher Sammelverfahren der betreffenden Hausbesitzer in der Wählerliste weggelassen worden; in einem besonderen Falle fehlten von 13 Wählerparteien eines Hauses nicht weniger als 7. Wer bis Mittwoch abend 6 Uhr sich sein Wahlrecht nicht geltend hat, darf nicht mit Wählern, auch bei einer e. Stichwahl nicht, bei der es sich um einige Stimmen handeln kann. Die Listen liegen im Rathause **Zimmer Nr. 30** aus.

Frei Kunert stellt sich gestern in Künern den Genossen vor. Da ein Saal nicht zu haben, wurde ein gemeinsamer Spaziergang unternommen.

4000 Flugblätter sind seitens unserer Genossen gestern und heute in sämtlichen Dörfern und Landplätzen unseres Wahlkreises, sowie in Halle selbst verbreitet worden. Das Flugblatt enthält einen kurzen Auszug aus dem Verhandlungen über die Wahlproteste in der Wahlprüfungskommission sowie vor dem Reichstage. Der stenographische Bericht über die entscheidende Reichsstimmung am 24. April konnte nicht in allen Fällen wörtlich wiedergegeben werden, weil das Vorgehen des Landrats v. Werder mehrfach so unrichtig stark Verurteilung seitens der Redner gefunden hat, daß die Ausdrücke nur unter dem Schutze der für den Reichstag bestehenden Redefreiheit gebraucht werden durften.

Trotz des strömenden Regens und der durchdringenden Landwege machten sich 165 Genossen am frühesten Morgen

auf die Fein; sie drangen bis in die entlegenen Dörfer des Wahlkreises vor und vollzogen die Flugblattverteilung mit größter Eifrigkeit. Vieles waren die Landleute auch gestraft, daß unsere Freunde bei einem Unwetter, in das man nicht gehen einen Hund schickt, unverdrossen die stundenlangen Wege zurücklegten und von Haus zu Haus als Sendboten der einzigen und wahren Ordnungspartei, der Sozialdemokratie, ihre Aufgabe erfüllten, und mehr als ein Bauer mag sich gelobt haben, daß seine, die zu solcher Ausopferung fähig sind, nicht für etwas Schlechtes kämpfen können. Die Aufnahme, die unsere Genossen fanden, war durchaus eine gute, vielfach sogar eine freundschaftliche, und da der strömende Regen jede Feilarbeit unmöglich machte, bot das vierteilige Flugblatt den Landleuten willkommene Lektüre. Gar viele von ihnen schüttelten mit dem Kopfe, als sie die Ausführungen über die vom Landrat v. Werder geübten Wahlbeeinflussungen lasen, und die Tatsache, daß bei alledem Herr v. Werder wiederum zum Wahlkommissar ernannt worden ist, förderte Ausdrücke des Unwillens zu Tage, von denen wir wüßten, der Regierungspräsident Graf v. Stollberg in Merseburg gute sie geht. Dann währte er, wie das Volk — auch sehr „gutgemeint“ Volk — über die von ihm vollzogene Ernennung des Herrn v. Werder zum Wahlkommissar denkt. Und kann es recht sein. Eigen unsere Gegner selbst den Akt ab, auf dem sie sitzen, so brauchen wir es nicht zu thun, und die erneute Ernennung des Herrn v. Werder zum Wahlkommissar hat in sehr vielen Ordnungsberegen einen unheilbaren Riß gemacht. Das „bunne Volk“ hat für gewisse Sachen eben ein äußerst feines Empfinden. — So können wir trotz des miserablen Wetters mit dem Erfolg der ersten Flugblattverteilung durchaus zufrieden sein. Volle Anerkennung sei auch an dieser Stelle den wackeren Genossen verliehen, die sich gestern an den Landourten beteiligt haben; das macht ihnen kein „Girich“ und kein „Geangeligelich“ nach.

„Lächerlichkeiten“ sind es in den Augen der Hall. Jg., was in dem ersten sozialdemokratischen Flugblatt darüber gesagt ist, daß die Ordnungsrücker gegen den Genossen Frei Kunert auch diesmal die Künste der Lüge und Verleumdung spielen lassen werden und daß Kunert nur seinem Eintreten für die Unterdrückten die vielen erlittenen Strafen verdanke. Wir verargen es der Gistnabel und ihren Hinterräubern garnicht, wenn sie das „lächerlich“ finden. Die Arbeiterschaft wird am 30. Juni schon dafür sorgen, daß den Herren das Lachen vergeht. Und wenn die Hall. Jg. mit Bezug auf das Flugblatt schreibt, wer nun nicht will wissen, wen er nicht zu oüben habe, der sei wahrlich zu bedauern, so acceptieren wir das, und die Wähler werden das gleichfalls thun, wenn auch in anderem Sinne, als es das Gistnabelchen meint.

Mit dem bekannten „schweren Regen“ haben sich die Nationalliberalen für die Kandidatur Meyer erklärt. Die Ausführungen aber, mit denen Herr Rechtsanwalt Dr. Keil die Zustimmung begleitete, waren für Dr. Meyer sehr wenig schmeichelhaft. So sagte er, sei seien bei ihrem Entschluß nicht geleitet worden durch besondere politische Sympathien für Dr. Meyer. — Armer Alexander! Keiner will für ihn so recht aus vollem Herzen eintreten. Da wir's mit der liberalen Wahlbegeisterung verdammt windig aussehen.

„Aus der Schule geplandert.“ Gestern nachmittag ließ der Tischlermeister Jurth, bekannt als einer von denen, die sich rechtchaffen vom Schwelge ihrer Gehefen und Lehrlinge nähren, auf dem Platz des Landrats dem Schulamtsgehilfe R. und anderen Personen gegenüber dem Gehege seiner Jüde einige Auslassungen entwerfen, die mehr als alles erkennen lassen, wie weit der Zerlegungsprozess in den Reihen der Ordnungsparteien schon fortgeschritten ist. Jurth äußerte: Ich will auch mal aus der Schule plaudern. Erst sollte ich die Kandidatur übernehmen. Ich habe aber abgesehen, da es meine finanziellen Verhältnisse nicht gestatten. **Dann haben sie mir 4000 M. geboten, daß ich's machen soll.** Ich habe es aber nicht angenommen. **„Nun mach's mein Freund Kühne.“** Vielleicht ist Herr Kühne so freundlich, der Welt mitzutheilen, wieviel ihm geboten worden ist, damit er die Durchfallskandidatur übernimmt, und Herr Jurth macht vielleicht das Maß seiner Freundschaft voll, indem er mittelst, w er ihm die 4000 M. geboten hat. Bei der Ordnungsbereitschaft ist alle's faustlich. Man tanzt sich Pferd und Wagen, man tanzt sich eine „junge gewandte Melodegeleiterin“, man tanzt sich fremdlandliche Orbsmittel, warum soll man sich da nicht auch einen Reichstagskandidaten kaufen können?

Und das, Ihr Wähler, präferiert sich Euch als charakterlose Ordnungspartei!

Wahlber. Am Sonnabend sprach Frei Kunert als Reichstagskandidat in der Saal-Veranstaltung das Thema: **Der Kampf der Parteien um die politische Macht und die politische Erziehung.** Die Veranstaltung wurde von Beginn der Volksversammlung, die Gen. v. Brand leitete, war der Saal überfüllt, im weiteren Verlauf wurde jedes Plätzen von Nachdrängenden besetzt. Im Zeitraume des Saales fanden die Besucher in höchster Schärfe an Schülern, um sich gedehnter Aufmerksamkeit dem Vortrage zu folgen. Um den Nachhörtenden entgegenzukommen, öffnete man die beiden hinteren und sämtliche Fenster des fränkischen Saales. Die Menge begleitete darauf sofort die Eingänge und an die Fenster wurden von außen Tische und Stühle gestellt, wodurch einem Teil der Zuhörer ermöglicht wurde, etwas von dem Gehörten im Innern mit dem Auge wahrzunehmen. Andere saßen im Garten aus, da die Rede unseres Reichstagskandidaten in nächster Nähe des Versammlungsortes auch unter freiem Himmel in i rem Zusammenhang zu erfolgen wolle. Allerdings mußte leider ein recht beträchtlicher Teil der Versammlungsberechtigten wegen Ueberfüllung der Lokalitäten unverrichteter Sache heimkehren. Die Haltung der Versammlung im allgemeinen und der sie lebende Geist dürfen wohl in jeder Hinsicht als musterhaft betrachtet werden. — An der Diskussion beteiligten sich mit gutem Erfolge die Parteigenossen Müller, Troitzsch aus Wernitz und Brandt. Einflußnahme und begünstigter Saal und die Vertretung der bürgerlichen Parteien im Reichstag der alten Parteien vorwiegend als er ihnen die politische Erziehung abstrah, als er des Trägers des Fortschritts, des modernen staatenbewußten Vorkämpfers geachtete und in kräftiger Steigerung des Gedankens zur Erziehung der parlamentarischen Kraft aufweckte; da durchdrangte den hell erleuchteten Saal und bis in Nacht liegende Gärten hinein ein langanhaltender Beifall. Nur zu viel benjehenen Versammlungen, die unter Reichstagskandidat bei uns abhielt, vermögen sich mit dem Geiste der Wahlberger zu messen: nämlich in mancher Beziehung die im „Reichstag“ und andererseits die ganz vorzüglich veranlaßte Giechthener Volksversammlung. Vivat sequens! Was heißen wir, wenn wir brauchen mehr, immer mehr von der Seite.

Herr Kühne redete gestern in L. S. bei uns „unter Ausschluß der Sozialdemokraten“ seine Rede herunter. So lange die Jurth'schen Auslassungen betreffs des Kandidatenkaufs nicht völlig geklärt worden sind, erachten wir es als unter dem Ernst des Wahlkampfes stehend, den Worten eines Mannes auch nur den geringsten Wert beizumessen, auf den einer seiner Parteigenossen und Freunde den Verdacht geworfen hat, er habe sich zur Kandidatur laufen lassen.

Leitung.

M. M. 50 Pf. zum Wahlfonds.

Bei der Ballenlage in der Westfälischen 1 M. zum Wahlfonds.

U. M. Saalberg 8. 1 M. zum Wahlfonds.

W. S. 30 Pf. zum Wahlfonds.

Von einer Agitationskolonne zurück 7.50 M.

Weiteres.

— Ein netter Associe. Student: „Ich bin Leibhaber an dem Gesicht meines Vaters!“ — Professor: „Wie so? Sie hindern doch Wedig und Jör Vater ihr Kaufmann!“ — Student: „Ja, ja! Er besitzt eben die Gemalten und ich die Ausgaben.“

Stadtsammlige Nachrichten.

Halle, 5 Juni

Aufgehoben: Der Handarbeiter Otto Körne und Karoline Streiler (Hieslerstraße 35). Der Schiffer Bruno Witzel und seine Frau (Hieslerstraße 6). Gartenarbeit 6. Der gedruckte Kolomothdrucker Julius Welling und Frau Brand (Leipziger Reubnis). Der Handarbeiter Hermann Leiffner und Frau Bogel (Steden) und Giechthener. Der Giechthener Richard Thiermann und Frau Paul (Giechthener und Gars 45). Der Giechthener Richard Dr. Johannes Soroj und Auguste Giechthener (Halle und Stetin).

Geboren: Dem Schulmeister Friedrich Guth ein S. Ludwig Arthur Wills (Heddrähe 4). Dem Tischlermeister Emil Dagen ein S. Johanne Luise Anna (Schweinfelderstraße 18). Dem Schmied Robert Bunge ein L. Lucie Margarete Bauer ein S. Bruno Bunge (Heddrähe 14). Dem Giechthener August Lema ein S. August Arthur Oswald (Hieslerstraße 22). Dem Handarbeiter Franz Kopp ein L. Emma Frieda (Schützenstraße 3). Dem Stationsassistenten Max Kropfenstedt ein L. Christiane Marie (Zwangsstraße 21). Dem Maler Johannes Freyberg ein S. Hans (Rammelschläge 10). Dem Fabrikanten Wilhelm im Schaaf ein L. Marie Martha (Schloßstraße 11).

Gestorben: Des Rechnungsführers Carl Ott S. Kurt. 1 J. (Dachstraße 11). Des Raurer Otto Eduard Ehefrau, Franziska geb. Wegner, 25 J. (Dachhofstraße). Die Witwe Friederike Tittel geb. Luchsmann, 53 J. (Kudewerstraße 1). Selma Biese-gang, 60 J. (Frankenstraße 4). Des Giechthener Johann Giechthener, 49 J. (Hieslerstraße 44). Der Müller Hermann, 49 J. (Hieslerstraße 44). Des Giechthener Adolph, 67 J. (Dachhofstraße). Des Lehrer Heinrich Schünemann Ehefrau, Bertha geb. Werders, 31 J. (Rifm).

Für die Redaktion verantwortlich: A. Weidmann in Hall.

Bekanntmachung.

Die öffentlichen unentgeltlichen Schutzpocken-Impfungen für den Stadtbezirk Halle a. S. finden in diesem Jahre unter Leitung des k. k. Kreisphysikus Sanitätsrat Dr. Rifei

in dem Turnsaal der Bürgerschule Clearystraße 7 und zwar: vom 29. April bis 1. Juli er. Mittwochs und Sonnabends nachm. von 3 bis 4 Uhr. vom 2. Juli bis 30. September er. Mittwochs nachm. von 3-4 Uhr

Dieser Impfung sind diejenigen Kinder zu unterwerfen, welche a. in dem Turnsaal geboren sind, b. in früheren Jahren geboren sind, jedoch bis zum Jahre 1896 der Impfpflicht nicht vollständig genügt haben, erfolglos geimpft worden sind, oder wegen Krankheit nicht geimpft werden konnten.

Bei Vorführung jeder Impfung ist dem Impfarzte ein Zettel zu übergeben, auf welchem Name und Ort, Zahl und Zeit der Geburt des Kindes, eigene Name, Stand und Wohnung des Vaters, Pflegeeltern oder Vormund, besitzlich der Mutter oder Pflegemutter richtig und deutlich bezeichnet ist. Aus Häusern, in denen ansteckende Krankheiten wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Croup, Keuchhusten, Scharlach, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Wunden bestehen, dürfen impfschichtige Kinder in keinem Falle in das Impfsaal gebracht werden.

Die Kinder müssen zum Impftermin mit reinem, sauberen Körper und mit reinen Kleidern gebracht werden. Nach dem Impfen ist auf möglichst große Reinhaltung der Impfstellen zu sehen.

Jeder Impfung muß 8 Tage nach erfolgter Impfung, also an dem auf die Impfung folgenden Mittwochs oder Sonnabends zu der festgesetzten Zeit zur Revision vorgelassen werden, widrigenfalls die Impfung als ungelungen angesehen wird, und ein Impfschein nicht erteilt werden kann.

Sollte ein Kind am Tage der Impfung wegen erheblicher Erkrankung, oder weil in dem Hause eine ansteckende Krankheit herrscht, nicht in das Impfsaal gebracht werden können, so haben die Eltern oder deren Stellvertreter dieses inaktiven am Terminstage dem Impfarzte anzuzeigen. Die Eltern, Pflegeeltern und Vormünder der im laufenden Jahre impfschichtigen Kinder bezw. Pflegeeltern — ausgedehnten diejenigen, welche

ihre Kinder bezw. Pflegebefohlenen durch Privatärzte impfen lassen wollen — werden daher hierdurch unter ausdrücklicher Verwarnung vor den in § 14 Absatz 2 des Impfgesetzes angeordneten, bis zu 50 Mark oder 3 Tagen Haft anhebenden Strafen aufgefordert, mit ihrem Kindern bezw. Pflegebefohlenen in den anberaumten Impf- bezw. Revisionsterminen behufs der Impfung und Kontrolle zu erscheinen, oder die Befreiung von der Impfpflicht durch Zeugnisse nachzuweisen.

Diejenigen Eltern, Pflegeeltern und Vormünder oder, welche ihre im Jahre 1896 impfschichtigen Kinder bezw. Pflegebefohlenen, wie ihnen freigestellt ist, durch Privatärzte der Impfung unterziehen lassen, werden hierdurch aufgefordert, bis längstens zum 30. September 1896 die erforderlichen Impfschein anzuführen zu lassen.

Halle a. S. den 24. April 1896.

Der Magistrat.

Geschäfts-Verlegung.
Mit heutigem Tage verlege mein **Mehl- und Landesprodukten-Geschäft** von Langestraße nach meinem Grundhause Steinweg 31. Für das langjährige Vertrauen bestens dankend, bitte ich, daselbst mich auch in meinen neuen Geschäftsräumen zu treffen zu lassen.
Hochachtungsvoll **Gust. Kluck.**

Fleisch-Offerte.
Schweinefleisch 60, Bratend 50, Sammelfleisch 60, Rindfleisch 60 und 65, Gekochtes 60, Wurst 60, Bratenschmalz 70, Schmalz 70, Fleisch 65, Schmalz 70, 5½ Pf. für 3 c empfindlich.
Hochachtungsvoll **F. Rauchfuss**
Giechthenerstr. 6.
Daneben wird ein noch gut erhaltenes **Einhorn** zu kaufen gesucht.
Hdl. Schaaf, offen Turmstr. 167, H.

Dienstag **Schlachteh.**
W. Rädiger
Thomastraße 6.
Tanz-Unterricht erteiltlich, zu jeder Tages- und Abendszeit.
Ad. Fröbe, Drehschiffstr. 2, III.
Zeitungspapier
kauft **H. Brandpauser**, 6.
Schlossstraße offen Auguststraße 13, 4, II.

Um damit zu räumen, verkaufe ich sämtliche **Farben 20 % billiger.**
H. A. Scheidelwitz Nachf.,
Geißstraße 64, Giechthenerstr. 7.
6 Pfd. Brot für 50 Pfg.
empfehlen **Otto Hänel,**
Geißstr. 46, Gars 12.
H. Späthle und Blasser
Kartoffeln a Gtr. 1.80 u. 5 Riter
17, a verkauft
Otto Lust, Albfstr. 7.
Kleines Rind wird in Hieser genommen, am 1. Madchen Hieserstraße 1, II.
Eins. Steierwogen, post. f. Oebler ob. Solal, bill. a. ver. Oebler, Giechthenerstr. 11, II.
Wäschetrocknenplatz zur Benutzung
Johannisstraße 44.
Wäschekleider 45, 75 u. 1.50, 2.25 u. 4.
Nein, Jacobs an Hieserstraße 49.
2 Butterchocorine zu verkaufen
Giechthenerstr. 1, Trothastr. 8.
Gut erhalt. **Tisch** ist zu verkaufen
Geisenstraße 6, III.
Hierser **Soja** billig zu verk. Georgstr. 11.
Ein **Hell Schanzelpeper** billig zu verk.
Giechthenerstr. Hieserstr. 7.
Kleine **Stube** als Schlafstube zu vermieten
Demmannstr. 18, II.